Nummer 68

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jögler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reutner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: L. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Montag, 10. Februar 1930

Rebellion
bei den Demokraten.

Wie wir berichteten, hat der Bundesvorstand der Jungdemokraten den Führer der Hamburger Jungdemokraten Lüth ausgeschlossen, da dieser in seinen Agitationsreden und Artikeln mehr kommunistisch als demokratisch betätigte. Mit diesem Ausschluß hat sich gestern der Jungdemokratische Verband Berlin-Brandenburg beschäftigt. Es wurden verschiedene Entschließungen zum Fall Lüth angenommen, in denen der Jungdemokratische Verband Berlin-Brandenburg der Bundesleitung das Mißtrauen ausspricht und die Einberufung eines außerordentlichen Reichsbundestages fordert. Zur Begründung dieser Entschließungen wurde in einem Schreiben an den Bundesvorstand betont, daß es unter allen Umständen unmöglich sei, sich eines unbequemen Kritikers durch Ausschluß zu entledigen. Eine demokratische Bewegung würde ihre Existenzberechtigung verlieren, wenn sie an die Stelle der Ueberzeugung die Unterordnung unter eine von oben vorgeschriebene Meinung setzen würde.

Man darf gespannt sein, ob dieser Wunsch der Berliner Jungdemokraten, der natürlich von Hamburg und den westdeutschen Gauen der Jungdemokraten unterstützt wird, erfüllt werden wird. In der Demokratischen Partei sind in der letzten Zeit, besonders unter dem Eindruck der katastrophalen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lage, manche Erkenntnisse in bezug auf das Verhältnis der Demokraten zu der wirtschaftsfeindlichen Sozialdemokratie aufgedämmert. Um so unangenehmer muß es diesen Demokraten sein, wenn die Partei jetzt die Früchte der verkehrenden Radikalisierungspolitik ihrer reichshauptstädtischen Presse, aus deren Ideenwelt die Lüthsche Bewegung entstand, ernten darf.

Der „neue Herr".
Grimmes erste Landtagsrede. — Hohn auf Becker. — Verherrlichung der Partei.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann am heutigen Montag die Vorberatung des Kultushaushaltes, für die sieben Beratungstage im Aufschuß vorgesehen sind. Der Berichterstatter

Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) referierte zunächst über den ersten Abschnitt „Ministerium und allgemeine Zwecke". Er kritisierte die allzu scharfe Beschneidung des Kultushaushalts durch den preußischen Finanzminister. Man könne geradezu von einer Krise besonders bei der wissenschaftlichen Abteilung sprechen. Insbesondere die Grenzgebiete und vor allem der Osten hätten unter dieser Ausgabenbeschneidung sehr zu leiden.

Der neue Kultusminister Grimme stellte sich hierauf dem Hauptausschuß des Preußischen Landtages vor und erklärte, er lege mit Absicht kein detailliertes Programm vor, sondern wolle seine Grundhaltung formulieren. Minister Becker sei es auf die Bildung der Persönlichkeit angekommen, er habe aber eine fundamentale Tatsache nicht in Rechnung gestellt; daß heute die Persönlichkeit nur wirken könne als Exponent einer Machtgruppe. Die Geschichtsfrage nicht danach, ob dies dem einzelnen behage oder nicht. Die Spannung von Persönlichkeit und Partei müsse ausgehalten werden. Die politische Persönlichkeit, so hob der Minister hervor, kann heute nur solange wirken, wie sie von einem Machtverband getragen wird.

Im Zeitalter der erwachten Massen

hat die Persönlichkeit ja nicht ihre Bedeutung verloren — ist doch unsere Aufgabe die Erziehung der Masse zu Menschen! Aber es ist vorbei mit dem auf sich gestellten Individualisten. Staatsminister Becker ist in seinem Amte der letzte Repräsentant eines individualistischen Zeitalters gewesen. Darum hat der häufige Wechsel im Amte des preußischen Kultusministers symptomatische Bedeutung. Es ist mir heute nicht möglich, die Arbeiten meines Vorgängers an dieser Stelle zu würdigen. Wenn ich seine Erbschaft mustere, so sehe ich vieles grundsätzlich, sogar entscheidend anders. Aber in einem wird die Neue Welter eine Fortsetzung erfahren, nämlich in der Beantwortung der Frage, daß aus Deutschen nur eine Wolf bleibt: Chaos oder Republik. Meiner Art liegt nicht so sehr, von Programmen zu reden. Mir kommt es an auf Arbeit und Eingeleneschreibung. Die geistig-seelische Haltung hinter jeder Einzelentscheidung muß sichtbar sein. Mit besonderem Nachdruck formulierte der Minister:

Die Bezogenheit der Arbeit auf den wachgewordenen Kulturwillen der breiten Massen des Volkes, das ist die Alzentverschiebung, die hinter dem Wechsel im Kultusministerium liegt.

Bei der sich anschließenden allgemeinen Aussprache zum Kultushaushalt nahm zunächst Abg. Oelze (Dnat.) das Wort, um die Persönlichkeit des neuen Ministers zu kennzeichnen.

Neue Verschwörung in Afghanistan.
Aktion zur Absetzung Nadir Khans.

Allahabad, 10. Februar.

In Afghanistan wurde eine neue Verschwörung gegen den jetzigen König Nadir Khan aufgedeckt, die von dem Halbbruder des früheren Königs Amanullah und dem früheren afghanischen Handelsagenten Hafim Khan in Peschawar angezettelt worden war. Mit Hilfe der Schinwari wollten die Verschwörer eine Aktion zur Absetzung Nadir Khans einleiten. Es gelang, die Verschwörer in dem Augenblick festzunehmen, als sie über die Grenze zu entfliehen suchten.

— Der Bischof von Ermland gestorben. Wie aus Frauenburg gemeldet, ist Dr. Augustinus Bludau, Bischof von Ermland, Sonntag abend einer Herzschlag erlegen.

Polen wirbt Freunde
Polnisch-estnische Festtage in Warschau.

Der Besuch des estländischen Staatspräsidenten in Warschau vollzieht sich unter Formen, die absichtlich gewählt sein dürften, um das politische Moment dieses Besuches besonders stark in den Vordergrund zu stellen. Die Fahrt des Staatspräsidenten Strandmann auf polnischem Gebiet scheint einem Triumphzug geglichen zu haben, der Empfang in Warschau war eine Demonstration großen Umfangs, und das Echo der polnischen Presse hebt, über die hymnische Verherrlichung des polnisch-estnischen Verhältnisses hinaus, die einzelnen Punkte hervor, die nötig seien, um die polnisch-estnische Freundschaft noch zu verstärken. Es fehlt nicht an Hinweisen auf die „Gefahr" von Rußland und Deutschland, und aus der Interessität, mit der die Warschauer Organe Estland feiern, spricht nur zu deutlich die späte Trauer darüber, daß es seinerzeit Polen trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den baltischen Staatenbund unter Polens Führung zustande zu bringen. Wenn jetzt auch von estnischer Seite durch den Besuch des Staatspräsidenten die Freundschaft zu Polen so stark in den Vordergrund gestellt wird, so ist es verständlich, daß dieses Verhalten von den anderen Randstaaten nicht gerade freudig begrüßt wird.

In Polen wird der Besuch Dr. Strandmanns besonders deshalb gefeiert, weil er der Auftakt zu den polnischen Festtagen ist, mit denen drüben der zehnjährige Besitz des Korridors, des Zugangs zum Meer, gefeiert werden soll. So tritt schon in den jetzigen Veranstaltungen das marinepolitische Moment stark in den Vordergrund. Man benutzt die Gelegenheit, um das marinepolitische Zusammenarbeiten zwischen Polen und Estland zu verlangen und auf diese Weise die Schaffung eines Gegengewichtes gegen die deutsche Kriegsflotte anzubahnen. Die Verstiegenheit der polnischen Presse geht so weit, daß ein so führendes Blatt wie der „Kurjer Warszawski" die kulturelle Bedeutung der alten Universität Dorpat für das Polentum feiert und dabei vergißt, daß Dorpat bekanntlich eine alte deutsche Universität ist. Das gleiche Blatt rühmt in dem gleichen Artikel die angeblich freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Dorpater studentischen Korporationen Polonia und Estonia. Dabei übersieht das Blatt die Tatsache, daß die Estonia eines der ältesten und angesehensten deutschen Corps der Universität Dorpat ist.

Estland erwartet im Sommer den Gegenbesuch des polnischen Staatspräsidenten Mościcki. Man wird sehen, wieweit die polnisch-estnischen Beziehungen gediehen sind und in welchem Grade sie die Lage im nahen Osten verändern.

„Freundschaftsbesuch" mit militärischer Repräsentation.

Warschau, 10. Februar.

Der estländische Staatsälteste Strandmann ist in Polen überaus prunkvoll empfangen worden. Schon an der Grenze hatten sich zu seinem Empfang zahlreiche Würdenträger eingefunden. Auf der ganzen Fahrt von Zurmont bis Warschau, die Strandmann in dem zur Verfügung gestellten Sonderzug des polnischen Staatspräsidenten zurücklegte, waren die Bahnhöfe mit Flaggen und frischem Grün geschmückt. Noch den bereits gemeldeten Empfangsfeierlichkeiten an der Grenzstation entwickelte sich ein besonders

festlicher Empfang in Wilna,

woselbst längerer Aufenthalt genommen wurde. Strandmann wurde in den Empfangsräumen des Bahnhofs von einigen hundert Personen, darunter den Vertretern der Behörden, des Militärs — darunter vier Generale — und der Geistlichkeit aller Konfessionen empfangen. In der Antwort auf die Begrüßungsansprache des Wilnaer Woiwoden Narzisewicz sah Strandmann seiner Freude Ausdruck, in Wilna, einer Stadt mit einer so glänzenden historischen Vergangenheit, weilen zu dürfen. Er führte aus, daß das Wilnaer Land dem polnischen Volk hervorragende Männer wie Mickiewicz und Pilsudski geschenkt habe und schloß mit einem Trinkspruch auf das fernere Gedeihen von Wilna.

zur Begrüßung in Warschau

hatten sich in dem gleichfalls geschmückten Bahnhofsgebäude die höchsten Würdenträger mit dem Staatspräsidenten und der gesamten Regierung an der Spitze eingefunden. Militär bildete vom Bahnhof bis zum Schloß, wo Strandmann Wohnung genommen hat, Spalier. Ueberhaupt hatte man den Eindruck, als ob die militärische Repräsentation in den Vordergrund gestellt wurde. In Warschau trug der estländische Staatsälteste den tatsächlichen polnischen Verhältnisse Rechnung, indem er nicht nur dem Präsidenten, sondern auch dem Kriegsminister Marschall Pilsudski einen offiziellen Besuch abstattete. Natürlich nimmt auch das hiesige diplomatische Korps an den Festlichkeiten teil, doch hat der sowjetrussische Gesandte vor ihrem Beginn die Stadt verlassen. Als Dr. Strandmann am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz niederlegte, waren dort Marinesoldaten als Ehrenwache aufgestellt. Diese ungewöhnliche Verwendung von Matrosen ist darauf zurückzuführen, daß Polen gleichzeitig mit dem estländischen Besuch das

zehnjährige Jubiläum des polnischen Korridors,

das heißt also des Zuganges zum Meere, feiert. In den Straßen der Stadt werden Kriegsschiffe aus Pappe mit Geschützen und voller Armierung herumgetragen. Am Sonnabend fanden Festversammlungen zur Erinnerung an die Angliederung Pommerellens statt. Ein Redner erklärte u. a., daß

die polnische Jugend die Fahnen Polens nach Oppeln und Königsberg tragen werde. Er wies dabei darauf hin, daß dieses Gelöbnis der Entschließung des allpolnischen Studentenkongresses entnommen sei.

Am Sonntag nachmittag empfing der Präsident von Estland, Strandmann, in der estnischen Gesandtschaft die Mitglieder der estnischen Kolonie in Warschau. Am Abend wurde dem Präsidenten Strandmann das Diplomatische Korps vorgestellt, worauf beim Präsidenten der polnischen Republik, Mościcki, ein Essen stattfand, an dem sämtliche Regierungsmitglieder, das Diplomatische Korps und Vertreter der Zivil- und Militärbehörden, selbstverständlich auch Marschall Pilsudski mit der gesamten Generalität, teilnahmen. Der polnische Staatspräsident Mościcki betonte in seiner Rede, daß das staatliche und kulturelle Werk des estnischen Volkes weitgehendes Verständnis in Polen finde und so mehr, als vielleicht kein Volk in so kurzer Zeit einen so ehrenvollen Platz in der Familie der Kulturvölker erworben habe. — Der estländische Staatsälteste Strandmann wies in seiner Antwort auf

die ähnlichen Schicksale der beiden Nationen

hin, die für sich eine Garantie bildeten, daß „beide von gleich erhabenen Idealen erfüllte Völker" auch in der Zukunft ihre Anstrengungen vereinen würden zur „Verteidigung der Grundlagen des Friedens und der Gerechtigkeit".

Anschließend an das Essen fand im Schloß ein Empfang für ungefähr 1500 Personen statt. — Heute wird dem estländischen Staatsältesten auf der Warschauer Universität das Diplom des Ehrendoktors übergeben. Am Abend findet in der Oper eine Galavorstellung statt. Um Mitternacht erfolgt dann vom Hauptbahnhof aus die Rückreise nach Reval.

Morgen Haagdebatte im Reichstage
Die heutigen Fraktionsberatungen.

Im Reichstag haben heute die Vorbereitungsarbeiten der Fraktionen für die auf Dienstagmittag 12 Uhr angesetzte erste Lesung der Younggesetze begonnen. Die Fraktionen der Regierungsparteien sind teilweise bereits zusammengetreten, teilweise treten sie im Laufe des Nachmittags noch zusammen. Zunächst handelt es sich darum, die Redner für die Plenardebatte zu bestimmen und die Stellungnahme der Partei zum Komplex der Haager Abmachungen festzulegen.

Im engsten Zusammenhang hiermit stehen die großen finanzpolitischen Probleme, über die die Parteiführer vor einigen Tagen unterrichtet worden sind. Auf Grund der heutigen Fraktionsbesprechungen wird dann Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit den Sachreferenten der Regierungsparteien über den Haushalt und die damit zusammenhängenden Finanzfragen fortsetzen, um nach Möglichkeit gemäß dem Wunsch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei eine Klärung bis zur dritten Beratung der Younggesetze zu erreichen.

•

— Zu den französischen Ansprüchen auf die Besetzung des Generaldirektorsposten bei der B. J. J. wird von zuständiger deutscher Stelle darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertreter sich schon seinerzeit bei den Handlungen in Baden-Baden stets auf den Standpunkt gestellt haben, ein französischer Generaldirektor komme nicht in Frage, es sei denn, daß auch ein gleichberechtigter deutscher Generaldirektor ernannt werde. Im übrigen hätten sich auch England und Italien, schon vor Deutschland, gegen die Ernennung des Herrn Quesnay zum Generaldirektor ausgesprochen.

Hoesch bei Tardieu.

TU Paris, 10. Februar.

Von amtlicher deutscher Seite in Paris wird mitgeteilt: „Botschafter von Hoesch hatte Sonntag mittag eine Unterredung mit den Ministerpräsidenten Tardieu. Gegenstand bildete die Frage der parlamentarischen Behandlung der Ergebnisse der Haager Konferenz in den beiderseitigen Volksvertretungen.

„Anschlag" auf Zaunius?

Memel, 10. Februar.

Nach einer Meldung des „Memeler Dampfboot" wurde heute früh auf das Haus des litauischen Außenministers Dr. Zaunius ein Schuß abgegeben, der eine Fensterscheibe in der Wohnung des in dem gleichen Hause wohnenden litauischen Opernsängers Petraukas durchschlug und in der gegenüberliegenden Wand stecken blieb. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Frankreichs Riesen-U-Bootflotte.
Die See„abrüstung" eine Finanzfrage.
Snowdens Funkspruch.

Die nun schon drei Wochen sich mühsam dahinschleppende Londoner Flottenkonferenz hat sehr viele Züge mit den üblichen, seit zehn Jahren in endloser Reihe sich folgenden politischen Sitzungen und Debatten des Genfer Völkerbunds gemeinsam. Bisher ist denn auch die Unfruchtbarkeit dieselbe gewesen und ebenso die Zähigkeit, mit der von allen Partnern an der egoistischen und spitzfindigen Verteidigung der eigenen Sonderinteressen festgehalten wird. Soll doch schon ein Japaner erklärt haben, die japanischen Delegierten würden, wenn es notwendig wäre, noch drei Monate in London bleiben. Auch die für den morgigen Dienstag erwartete „entscheidende" Gegenerklärung des französischen Ministerpräsidenten Tardieu auf die sensationelle Veröffentlichung der amerikanischen und englischen Denkschrift wird wahrscheinlich keine wirkliche Entscheidung bringen, sondern höchstens die offen oder geheim bestehenden Gegensätze noch weiter verstärken.

Die Konferenz wäre vielleicht auch schon aufgeflogen, wenn es nicht für alle Beteiligten ein echtes starkes Motiv gäbe, irgendwie doch zu einer Beschränkung der Rüstungen zu gelangen: nämlich die katastrophalen Finanzsorgen.

Das geht ganz klar aus einer Rundfunkansprache hervor, die der englische Schatzkanzler Snowden am Sonntag an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten und Kanadas gerichtet hat. Darin heißt es: „Jede große Macht, mit Ausnahme Deutschlands, das unter Zwang abgerüstet hat, gibt heute viel mehr für Rüstungen aus, als vor dem großen Kriege. Die verschiedenen Nationen der Welt wenden jährlich viereinhalb Milliarden Dollar für Rüstungen auf, wovon sechzig Prozent auf die europäischen Länder, zwanzig Prozent auf die Vereinigten Staaten und zwanzig Prozent auf die übrigen Erdteile entfallen. Der „tödliche Lehrsatz", daß Vorbereitung die beste Politik sei, um Kriege zu vermeiden, habe sich als vollkommen falsch erwiesen. Zudem bringe ein Krieg niemals eine Lösung und gebe nicht einmal den Siegern das Gefühl der Sicherheit.

Auch der japanische Hauptdelegierte Wakatsuki betonte gestern in einem Rundfunkspruch an das japanische Volk der unerhörlichen Wunsch aller Völker nach Sicherung des Weltfriedens, wenn er glaube, daß die große Aufgabe der Einschränkung der Seerüstungen irgendwie erfüllt werden werde.

Alle diese vernünftigen Ueberlegungen und guten Wünsche bleiben aber, wie gesagt, bloße Theorie, und in der Praxis wird nach wie vor der zähe Advokaten- und Diplomatenstreit zur Begründung der verschiedenen nationalen Forderungen fortgesetzt. In dem Vordergrunde der Erörterungen steht zur Zeit zweifellos die U-Bootfrage, in der besonders der französisch-englische Gegensatz immer unverhüllener zutage tritt. Interessant ist dabei auf französischer Seite die Taktik, die eben erst durch die beiden Denkschriften proklamierte englisch-amerikanische „Einheitsfront" durch eine geschickte Polemik und Verhetzung — nach dem Rezept: divide et impera! — wieder zu sprengen oder doch zu schwächen. So meldet der Außenpolitiker des „Petit Parisien" seinem Blatte aus London, die englisch-amerikanische Einigung stehe bei weitem nicht so fest, wie es den Anschein habe. Besonders sei man sich über die zu zerstörenden Schiffseinheiten noch nicht einig geworden, und in den Begleitungen der beiden Delegationen sei in den letzten 24 Stunden ein merklarer Rückschlag eingetreten. Der „Matin" bereitet mit ersichtlicher Schadenfreude auf die englischen Finanzschwierigkeiten hin, ohne die die ganze Londoner Konferenz überhaupt nicht einberufen wäre. Jetzt drücke Amerika immer stärker auf die einstige alleinige Beherrscherin der Meere, ihre alte Ueberlegenheit aufzugeben und dies gerade in einem Augenblick, in dem man sich die Verbindung des englischen Mutterlandes mit verschiedenen Dominions lockere.

Die französische Taktik ist ganz klar, nämlich: aus den fortbestehenden Gegensätzen zwischen England und Amerika in der Schlachtschiff- und Kreuzerfrage Vorteile für seine eigene U-Bootforderungen zu ziehen. Der Marine-Korrespondent der „Morning Post" weist darauf hin, daß Frankreich sich nicht nur weigere, die U-Boote abzuschaffen, sondern gegenwärtig mehr U-Boote baue, als die andern vier Mächte zusammen. Dagegen sei die japanische Forderung nach einer 80 000 U-Boot-Tonnage nicht übertrieben und Italien würde sogar für die Abschaffung stimmen, könne dies aber angesichts der Haltung Frankreichs nicht tun.

Sehr bezeichnend für die herrschende Heuchelidiplomatie ist die Pariser offiziöse Erklärung, daß Frankreich bereit sei, einen Vorschlag auf „humanisierung" des U-Bootkrieges anzunehmen. Ein solcher Beschluß ist schon im Jahre 1922 auf der Washingtoner Flottenkonferenz akzeptiert worden, aber, wie der Londoner „Observer" ironisierend in Erinnerung bringt, ist es gerade Frankreich, das als einziger Unterzeichner jenes Vertrages die Ratifizierung unterlassen und somit den Vertrag zu einem „toten Buchstaben" gemacht hat.

Wie sorgenvoll und nervös man besonders in den englischen Marinekreisen durch den Verlauf der Londoner Konferenz und die dabei noch klarer als vorher zutage tretenden englischen Schwierigkeiten geworden ist, zeigt eine Erklärung des ersten Lords der Admiralität Alexander. Die Flotte sei die Hauptwaffe des britischen Reiches, „und wenn wir uns in Zukunft wieder zu einer Flottenkonferenz be-